

Schwarz-Blau: Jobs gefährdet

ÖVP und FPÖ führen in Oberösterreich den Sparkurs ihrer Vorgängerregierung fort und bereiten neue Kürzungen vor. Neben Geldern für Kultur und Bildung sind Tausende Arbeitsplätze vom schwarz-blauen Sparwahn bedroht. Dazu sollen rassistische Maßnahmen die Bevölkerung spalten. Was bedeutet das neue Sparpaket und wie kann Schwarz-Blau bekämpft werden? **Seite 2**

Jeremy Corbyn & die Labour Party

Corbyns Sieg überrascht die Labour-Rechte – und kann der Beginn eines Neuformierungsprozesses der Linken sein. Eine gemeinsame Konferenz der Linken in und außerhalb der Labour-Party ist notwendig um Strategie und Programm zu beraten – und um Schritte in Richtung neue ArbeiterInnenpartei vorzubereiten. **Seite 12**

Schwerpunkt

Beim Klimagipfel in Paris geht's angeblich darum, die Welt zu retten. Doch solange die Logik des Kapitalismus herrscht, kann das nicht gelingen. Es braucht sozialistische Planung. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 243 | 11.15

Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen – nicht die Flüchtlinge!

Nach wie vor ist kein Licht am Ende des Krisen-Tunnels zu sehen. Die ohnehin traditionell übertriebenen Wirtschaftsprognosen der „ExpertenInnen“ sagen für 2016 weitere Stagnation voraus. Die Wirtschaftskrise zieht Österreich immer mehr in ihren Bann – und es kann jederzeit noch schlimmer werden. Die Bosse werden, um ihre Profite zu sichern, immer aggressiver.

Die „Arbeitgeber-Allianz“ verkündet das Ende des „Abtauschs nach Sozialpartner-Art“. Ihrer Forderung nach einer Sen-

Sozialem! Die Geschenke an die Bosse werden natürlich keinen einzigen Arbeitsplatz schaffen.

Um davon und von weiteren Sparmaßnahmen abzulenken, hat man andere Sündenböcke gefunden: erwerbstätige Frauen, Flüchtlinge und ältere ArbeitnehmerInnen sind laut Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO schuld an der hohen Arbeitslosigkeit – es gäbe nicht zu wenig Jobs, sondern zu viele, die arbeiten wollen! Kein Wunder bei sinkenden Löhnen und steigenden Mieten!



ÖsterreicherInnen geht es nicht besser, wenn es Flüchtlingen schlechter geht!

kung der Lohnnebenkosten kam die Regierung bereits nach: 1 Milliarde soll dabei eingespart werden – das sind nichts anderes als brutale Kürzungen bei Gesundheit, Familie und

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich würde auf einen Schlag hunderttausende sichere Jobs schaffen. Doch das würde die Profite der Reichen angreifen und steht deswe-

gen nicht auf der Liste der Regierung. Diese verschärft nicht nur den Zugang zu Sozialleistungen, sondern auch das Asylrecht. So soll das Szenario der „belagerten Festung“ Österreich geschürt werden, deren BewohnerInnen vor dem „äußeren Feind“ Angst haben und sich bloß nicht gegen die eigenen BurgherrInnen wehren sollen. 300 Millionen wurden über Nacht

für einen Grenzzaun, der niemandem etwas bringt, locker gemacht – Geld, das für Bildung und Soziales nicht da war! Die Reichen wollen ihre Privilegien schützen und spielen Flüchtlinge und ÖsterreicherInnen gegeneinander aus. Lassen wir das nicht zu! Kämpfen wir gemeinsam für Umverteilung und Jobs, Wohnungen und Bildung für alle!

Sebastian Kugler

Die SLP fordert:

- Kampf gegen jede Kürzungsmaßnahme!
- Widerstand gegen rassistische Hetze und Gewalt!
- Geld für Bildung, Gesundheit und Soziales statt für Mauern und Zäune!
- Holen wir uns das Geld bei den Reichen!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Die Gewerkschaft ist längst überholt, meinen manche. In einer modernen Gesellschaft mündiger BürgerInnen gar nicht nötig. Informationen kriegt man aus dem Internet, einen Mustervertrag auch. Aber den will man ohnehin nicht, weil wir ja alles individuell selbst ausverhandeln. Und mit den Chefs sind wir per Du und zum Geburtstag bringt die Chefin Kuchen für alle.

Tatsächlich sind Gewerkschaften nötig wie eh und je im Kapitalismus. Weil nämlich die Unternehmen am längeren Ast sitzen wenn wir uns nicht zusammenschließen. Weil wir alleine näm-

Gewerkschaften: Daumen rauf

lich nur über den Tisch gezogen werden. Weil wir gemeinsam einfach stärker sind. Simple Wahrheiten. Doch der Zusammenschluss von Beschäftigten mit gemeinsamen Interessen reicht nicht. Wir müssen die Muskeln auch zeigen (also drohen) und notfalls auch einsetzen. Also mit der „geballten Faust des Proletariats zuschlagen“: Das bedeutet nicht notwendigerweise eine Massenprügelei zwischen ArbeiterInnen und Kapitalisten. Das bedeutet die Machtmittel zu nutzen, die wir als ArbeiterInnenklasse haben: nämlich kollektiv das zu verweigern, was die KapitalistInnen von uns brauchen: unsere Arbeitskraft. Also zu streiken. Und Solidarität zu organisieren für die anderen Opfer des kapitalistischen Wahnsinns. Die Gewerkschaftsführung verteidigt die Gewerkschaften. Doch v.a. um die eigenen Jobs (und auch Privilegien) zu verteidigen. Dabei machen sie die Gewerkschaften zu einer Serviceorganisation, die faule Kompromisse zu Erfolgen hochstilisiert und sich im Beruhigen einer zu Recht aufgebracht Basis perfektioniert. Ja, wir brauchen Gewerkschaften angesichts der immer aggressiveren und frecheren Begehrlichkeiten des Kapitals. Doch die müssen kämpferisch sein, demokratisch und entschlossen. Und das müssen wir von unten durchsetzen, auch gegen den Willen der Bürokratie.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Haimbuchners Kürzungswahn: Sparen bei Familien & Wohnen

In **Oberösterreich** wird FPÖ-Landesrat Haimbuchner zum stellvertretenden Landeshauptmann. Für seine zahlreichen rechtsextremen Verbindungen fehlt hier der Platz. Haimbuchner prahlt damit, er hätte als Wohnlandesrat für Verbesserungen wie günstigere Startwohnungen gesorgt. Die Realität sieht anders aus. FPÖ und ÖVP kürzten 2012 Wohnbeihilfen um bis zu 100€/Monat – auf Initiative von Haimbuchner. Beson-

ders betroffen waren Alleinerziehende, Studierende und BezieherInnen der Waisenrente. 44 Millionen für sozialen Wohnbau ließ Haimbuchner im Finanzministerium liegen – obwohl in OÖ 50.000 Wohnungen gesucht werden.

Seine Absichten offenbart der Landesrat im Buch „Mut zur Wahrheit“. Darin wird unter anderem die Senkung der Mindestpension auf 560€ und das „Einfrieren“ der Familienbeihilfe gefordert.



OÖ: Die schwarz-blaue Bedrohung

„Gerade in herausfordernden Zeiten ist es notwendig, Verantwortung zu übernehmen.“ So beginnt das schwarz-blaue Arbeits-

projekte und Energiewende werden betroffen sein. 50.000 Menschen in OÖ sind ohne Job, die Wirtschaftslage ist eine Katast-

Schulsprache sein – auch in den Pausen. Statt ausreichende Angebote für Deutschkurse zu schaffen, werden migrantische SchülerInnen schikaniert.

Es gab und gibt bereits Widerstand in unterschiedlichen Bereichen (Pflege, Flüchtlingsbewegung, Öffentlicher Dienst). Um diese Proteste zusammenzuführen, sind die Gewerkschaften gefragt. Ohne kämpferische Gewerkschaft werden die Proteste verpuffen. Die FPÖ beweist nun selbst, dass sie keine soziale Alternative ist. Doch SPÖ und Grüne werden ihre Politik nicht ändern und sind unfähig den Aufstieg der Rechten zu beenden. Eine neue Partei der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen ist notwendig.

Manuel Schwaiger

Die neue Landesregierung bringt tausende Arbeitsplätze in Gefahr und plant rassistische Kürzungen.

übereinkommen in Oberösterreich. Tatsächlich übernehmen ÖVP und FPÖ Verantwortung – für Sozialabbau und Rassismus. Neben der Fortsetzung der schwarz-grünen Kürzungen (Spitalsreform) droht das Arbeitsübereinkommen mit weiteren „spürbaren“ Einsparungen: Nicht nur Kultur und Bildung, sondern auch Gelder für Arbeitsmarkt, größere Bau-

rophe. Kürzt das Land jetzt seine Investitionen, sind tausende davon direkt oder indirekt abhängige Jobs, etwa am Bau und im Energiesektor, in Gefahr.

Mit rassistischen Maßnahmen soll die Bevölkerung gespalten werden. Wohnbeihilfe und Mindestsicherung bekommen nur jene MigrantInnen, die länger als fünf Jahre einen Job haben. Deutsch soll



Foto: Sonja Ablinger

Wer die FPÖ stark macht, wird sie auch künftig nicht bekämpfen

Der Sieg der Blauen kam nicht aus dem Nichts – es war die Politik von SPÖ und Grünen. 12 Jahre stellten Schwarz und Grün die Landesregierung und kürzten massiv. Die Spitalsreform kostete hunderte Krankenbetten, im Öffentlichen Dienst gab es Reallohnsenkungen, die Energie AG wurde teilprivatisiert und die Wohnbeihilfe sank um 160 Millionen €. Doch anstatt linke Opposition zu bilden, kürzte die SPÖ mit. Das

„Chancengleichheitsgesetz“, mit dem im Sozialbereich 25 Millionen € und 540 Arbeitsplätze verloren gehen, kam mit den Stimmen der SPÖ durch den Landtag. Und die SPÖ Linz hetzte mit Anti-Asyl Taffern in FPÖ-Manier. Und weil SPÖ und Grün auch nicht wirklich anders weitermachen werden, sind sie weder ein kleineres Übel noch ein Bündnispartner im Kampf gegen die FPÖ und die Politik der neuen Landesregierung.



Wer rettet uns vor den Banken?

Dass der Bankensektor in der Krise steckt, ist angesichts von Hypo, Volksbanken und Bankenrettung kein Geheimnis. In

durch das „Ostgeschäft“. Moody's z.B. weist auf die Risiken der Bank Austria durchs Ostgeschäft hin. Standard&Poor's stuft

oder hohes Risiko und Gewinne. In einem aber sind sich beide Agenturen einig, zur Sicherheit soll fest eingespart werden.

Reichen und „Privatiers“. Also das, was die ebenfalls zur Bank Austria gehörende Schoellerbank macht.

Mehrere tausend Jobs sind davon betroffen. Für sie heißt das nichts Gutes. Denn in noch einem Punkt waren sich die Agenturen einig, der österreichische Bankenmarkt muss „bereinigt“ werden. Konkret heißt das, Filialen zu schließen und Jobs zu streichen. Die Bankenkrise soll europaweit auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen werden. Da wird auch der beste Sozialplan nichts nutzen, sondern es braucht gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen. Und eine echte, demokratische Verstaatlichung der Banken, und zwar nicht nur der Bankrotten.

Albert Kropf

Die europäischen Banken machen trotz Krise Milliarden Gewinne. Bezahlen müssen Beschäftigte und KundInnen.

den letzten 20 Jahren wurde verkauft, fusioniert und spekuliert. Vor allem in Osteuropa, wo das österreichische Kapital als eines der ersten einen Fuß in der Tür hatte. Heute geht es auch darum, diesen Fuß wieder rauszubekommen, um die Profite zu sichern.

Ratingagenturen waren schon lange vor den Leichen in den Kellern der heimischen Banken

den gesamten österreichischen Bankplatz als zunehmend instabil ein. Österreich sei zwar relativ „sicher“, aber wegen der niedrigen Zinsen, der „teuren“ Beschäftigten und weil die KundInnen zu wenig geschröpft werden, lässt sich zu wenig Gewinn erzielen. Das Dilemma lautet: entweder sicher und wenig Gewinne für die Eigentümer

Die Unicredit kündigt massive Einschnitte für die einst stolze Bank Austria an. Das Filial-Geschäft für die 1,6 Millionen KontokundInnen wird vielleicht nicht verkauft, aber Filialen und Beschäftigte stark reduziert werden. Laut Gerüchten wandert das Osteuropa-Geschäft zur deutschen Unicredit-Tochter. Konzentrieren will man sich auf das Geschäft mit den

Bankengewinne: Mehr als ein Körpergeld

Die Filialen der Bank Austria sollen verkauft werden, weil mit dem „normalen“ Kontogeschäft in Österreich nichts zu verdienen sei. Ein Test der Arbeiterkammer ergab: bei der Bank Austria kostet ein Gehaltskonto mit einem weiteren Produkt (z.B. Kredit- oder Bankomatkarte) 175,- Euro an Gebühren pro Jahr. Noch nicht eingerechnet die Zinsen fürs Überziehen von 13,25%. Das ist aber offenbar zu wenig.

Die Bank Austria zeigt, dass die Zugeständnisse der Gewerkschaft keine Jobs sichern. In den letzten Jahren wurden rund 1/3 der Filialen in Österreich geschlossen. Dies geschehe zur Sicherung des Standortes, hieß es. Und jetzt wird auch der Rest verkauft. Im 1. Halbjahr 2015 lag übrigens der Nettogewinn bei 489 Millionen. Doch UniCredit will den Gewinn bis 2018 auf 6,8 Mrd. Euro erhöhen.

Die Schließung von Bank Austria Filialen ist Teil eines größer angelegten Einsparungsprojektes. Laut Meldungen der Nachrichtenagentur Bloomberg will die Unicredit-Gruppe in Italien, Deutschland und Österreich 12.000 Jobs streichen. Dabei schreibt der Konzern schwarze Zahlen und wirft Gewinne ab. Doch im europäischen Bankensektor findet ein „Bereinigungsprozess“ statt, dem KundInnen und Beschäftigte zum Opfer fallen.

Nicht gespart wird bei der Führungsebene. Bei den Gehältern der TopmanagerInnen ist Österreich im Spitzenfeld. Rund 10 Banker verdienen hierzulande mehr als eine Million Euro pro Jahr, manche sogar über drei Millionen. Bei der Bank Austria kommt noch ein achtköpfiger Vorstand hinzu, der mehrere Millionen kostet, sowie ein 17 köpfiger Aufsichtsrat, der ebenfalls einige Millionen verschlingt.

Der rechte Rand

Wäre es nach Hitler gegangen, hätte die heimische Rechte heute eindrucksvolle Denkmäler. Nach dem „Endsieg“ – so der Plan – hätten die sechs Wiener Flaktürme als marmorverkleidete Ruhmeshallen den Heldenmythos des deutschen Soldaten in alle Ewigkeit weitererzählen sollen. Das wollte die „Vorsehung“ aber nicht.

Trotzdem müssen die Ewig- und Junggestrigen auch 70 Jahre nach Kriegsende nicht auf ihre „Gedenkstätten“ verzichten – von der öffentlichen Hand finanziert. Z.B. das Grab des „Fliegerhelden“ und Parade-Nazi Walter Nowotny am Wiener Zentralfriedhof. Zwar legen die FPÖ-nahen Rechtsausleger vom Kameradschaftsbund über Burschis bis hin zu Blood&Honour-Skins ihre Kränze seit 2003 an keinem von der Stadt Wien bezahlten „Ehrentag“ mehr nieder; dafür aber an einem „Soldatengrab“ – und deren Pflege zahlt das Innenministerium (BMI). Rund 900 derartige Anlagen werden von Bund, Ländern und Gemeinden finanziert. Dazu kommen fragwürdige Förderungen: So wurde bis heuer das berühmte „Ulrichsbergtreffen“ vom Land Kärnten mit 11.000 € gesponsert.

Andererseits setzt das offizielle Österreich gerne den Rotstift an, wenn es um das Gedenken an Opfer und Widerstand geht. So kürzte das BMI 2012 die Pauschale für jene Zivis, die als Holocaust-Gedenkdienster im Ausland arbeiten um 10%.

„Private“ Gedenkinitiativen sind weitgehend auf private Geldmittel angewiesen. Wer sich die Unterstützerliste etwa des Vereins „Steine des Gedenkens“ ansieht, muss zu dem Schluss kommen: Das offizielle Österreich denkt offenbar, „die Opfer sollen sich ihre Gedenkstätten gefälligst selber zahlen.“

Alexander Svojtko

173 Tage dauerte der Streik der MetallarbeiterInnen 1987/88 bei den Krupp Werken im deutschen Reihnhausen. Somit handelte es sich um einen der beeindruckendsten Streiks in der Geschichte der BRD. Als die Betriebsräte von der geplanten Schließung des Werkes und der Vernichtung von 6.300 Arbeitsplätzen erfuhren, ergriffen sie Kampfmaßnahmen. Am 27.11.87 und den folgenden Tagen wurde die Arbeit niedergelegt und Tausende gingen auf die Straße. Am 30.11. fand eine außerordentliche Betriebsversammlung mit 10.000 TeilnehmerInnen statt. In den kommenden Monaten wurden Demos und Straßenblockaden zur Normalität.

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

Buffets von Aufsichtsräten wurden gestürmt. Nicht einmal die Krupp-Villa wurde von den Protesten verschont.

ArbeiterInnen kontrollierten die Produktion und forderten die Vergesellschaftung der Stahlindustrie. Unterstützt wurde der Streik durch Solidaritätsproteste von KollegInnen, aber auch von der lokalen Bevölkerung. Letztendlich verzögerte der Streik die Schließung um fünf Jahre und ein beachtlicher Sozialplan wurde ausgearbeitet. Weitere Erfolge wurden durch den Verrat der Gewerkschaftsspitzen verunmöglicht. Diese ignorierte den Streik weitgehend und war nicht gewillt ihn auszudehnen. Dennoch ist er ein wichtiges Beispiel dafür, wie die ArbeiterInnenklasse kämpfen kann. Um solche Kämpfe zu gewinnen braucht es jedoch gänzlich andere Gewerkschaften: welche mit echter (inter-)nationaler Vernetzung, mit demokratischen Strukturen und z.B. einer Führung, die jederzeit wähl- und abwählbar ist.

Lukas Kastner



Seit Jahren rumort es im Sozial- und Gesundheitsbereich: Demos in Oberösterreich, Plattform 25 in der

der der Stimmung der KollegInnen noch ihren Bedürfnissen. Löhne/Gehälter decken bestenfalls die

auf dem Weg. Antworten auf Rekordarbeitslosigkeit, Flüchtlingswelle und die damit verbundene Mehrarbeit oder enorme Überarbeitung sucht man vergebens. Alleine am Wiener Hauptbahnhof entsprach die ehrenamtliche Arbeit der letzten Wochen 750 Vollzeitjobs. Diese und noch mehr Stellen müssen Bund und Länder endlich als ordentlich bezahlte neue Jobs aufstellen! Doch solche Forderungen fehlen. Beim Protest der ElementarpädagogInnen in Wien waren die TeilnehmerInnen radikaler als die Gewerkschaft und riefen „Streik, Streik, Streik“. Die Demonstrationen der Wiener PflegerInnen wurden von der Gewerkschaft ignoriert. Die Gewerkschaftsführung ist plan-

los bzw. hat Angst, dass sie aufkeimenden Protest nicht mehr kontrollieren kann.

Völlig zurecht erklärt Michael Gehmacher (Flüchtlingsbetreuer): „Die vielen Aktionen und Streiks machen klar, dass der Sozial- und Gesundheitsbereich kämpferisch ist und viele KollegInnen sich wehren wollen. Diese Kampfkraft muss für die KV-Verhandlungen 2015/16 genutzt werden.“

Dazu müssen sich die unterschiedlichen Bereiche vernetzen, durch Betriebsgruppen und eine Konferenz von BetriebsrätInnen und AktivistInnen. Die Basis muss über Forderungen, weitere Schritte und Verhandlungsergebnisse diskutieren und abstimmen.

Moritz Erkl

Ein Schulterschluss zwischen Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbeschäftigten macht stärker.

Steiermark, Initiativen wie „Sozial aber nicht blöd“ und CaREvolution/CARE Revolution. KollegInnen sind auch bereit, zu streiken: bei den Kindergärten in Salzburg und Oberösterreich bzw. im Psychosozialen Dienst. Die Ergebnisse der jährlichen Verhandlungen entsprechen zwar dem sozialpartnerschaftlichen Einklang, aber we-

Inflation ab und der Personalengpass wird nicht kleiner.

Der Bereich wird von vier Gewerkschaften abgedeckt, fast überall laufen bereits die Verhandlungen. Für die Arbeitgeber ist die Ausgangsposition für kommende Kürzungen günstig. Alle relevanten Wahlen sind geschlagen. „Reformen“ und Sparpakete sind

Werbe-Kollektivvertrag: Ohne IST ist nicht

Im Dezember beginnen die Verhandlungen für den Werbe-KV. Dieser gilt auch für Firmen, die nichts mit Werbung zu tun haben (diverse Medienbetriebe, Wiener Wohnservice etc). Grund: Es ist ein günstiger KV, der nicht einmal eine Erhöhung der IST-Löhne vorsieht. Die Gewerkschaftsführung argumentierte am 5.11., sie wolle den KV bundesweit durchsetzen und das gehe leichter ohne IST. Außerdem gebe es auch Betriebsverein-

barungen wo die KV-Erhöhung auch als IST-Erhöhung gilt.

Doch im KV sind auch Firmen ohne Betriebsvereinbarung. Manche KollegInnen haben jahrelang keine echte Lohnerhöhung erhalten! V.a. sie sind daher sauer und kampfbereit. Schon 2011 gab es Proteste, wo neben einer ordentlichen Lohnerhöhung auch die IST-Erhöhung im Vordergrund stand. In einigen Betrieben erhielten die KollegInnen danach sehr wohl

die KV-Erhöhung weitergereicht (allerdings nur in Form einer freiwilligen Weitergabe). Das zeigt, dass Protest fruchten kann! Nötig wären wie 2011 öffentliche Protestaktionen bis hin zu Kampfmaßnahmen, um der Forderung Nachdruck zu verleihen! Mit einer kämpferischen Strategie lassen sich IST, eine Realloohnerhöhung und ein bundesweiter Geltungsbereich durchsetzen

Eine Mitarbeiterin

im Medienbereich/Werbe-KV



HTL Leonding: Auf gegen Rassismus!

Nicht nur im Landtag sind die Wahlen vorbei, auch in den Schulen wurden SchülervertreterInnen gewählt. Oft werden diese Ämter unpolitisch betrachtet, da „sie ja keine Macht haben“ oder „ein Abteilungssprecher alleine nichts ausrichten“ kann. Doch durch Schwarz-Blau in Oberösterreich droht nun verstärkte neoliberale Kürzungspolitik und rassistische Hetze. Auch die SchülerInnenvertretung muss nun politisches Bewusstsein für Widerstand schaffen. Während meines Wahlkampfes in der Schule für das Amt des Abteilungssprechers habe ich die sozialen Probleme angesprochen, welche durch die Wahl verschärft werden. Auch wenn es keine Tradition linker Organisation an der Schule gibt: Ich stieß auf sehr viele offene Ohren, die solche Zustände nicht weiter hinnehmen wollen. Zentraler Punkt in den Schulen sollte der Kampf gegen die Kürzungspolitik sein – und nicht nur Punkte wie kaputte Uhren oder nicht funktionierende Toiletten.

Ein weiterer Punkt ist der Rassismus in den Schulen. Rassismus kann schon dabei anfangen, wenn zum Beispiel migrantische SchulkollegInnen als „Tschuschen“ oder ähnliches bezeichnet werden.

Es beginnt vielleicht als „schwarzer Humor“ unter SchülerInnen. Doch schnell sehen sich migrantische SchülerInnen auch mit rassistischen Beleidigungen von LehrerInnen, unter dem Deckmantel des „kollegialen Unterrichts“, konfrontiert. Als ich in meiner Schule bekannt gab, dass ich als Abteilungssprecher kandidiere und mich gegen Rassismus einsetze, kam sofort ein Sturm an Berichten, wie nicht-weiße Mitschüler so genannt werden. Dagegen ist in letzter Zeit nicht bewusst vorgegangen worden. „Geh, das gehört doch zum normalen Miteinander“, würden sich einige denken. Nein, dem ist nicht so. Ein freundliches, lustiges Miteinander braucht und verträgt keine rassistischen oder sexistischen Beschimpfungen. Gerade LehrerInnen sollten sich dessen bewusst sein. Wenn man nichts dagegen tut, kann sich der Rassismus in den Schulen ausbreiten. Wir werden keinen effektiven Widerstand gegen die schwarz-blauen Kürzungen leisten können, wenn wir zu beschäftigt sind, uns aufgrund unserer Herkunft zu hassen. Daher fordere ich, an den Schulen den Kampf gegen Rassismus und gegen kommende Kürzungen zu unterstützen!

Peter Hauer,
Abteilungssprecher



Antifa-Demo in Freilassing

Am 17.10. hielt die rechtsextreme deutsche Partei „Alternative zu Deutschland“ in Freilassing an der Grenze eine Kundgebung ab. Ca.

gezogenen Redebeiträgen und Einpeitschern gegen Linke und „die Lügenpresse“. Zahlreiche Organisationen aus Salzburg und Bayern, dar-

tung attackierten ca. 25 Rechte sogar 30 verbliebene Linke. Insgesamt fehlte es an einer politischen Strategie, die darüber hinausging, die

Circa 600 AntifaschistInnen konfrontierten eine Demonstration der rechtsextremen AfD.

1.000 kamen – darunter auch bekannte und bekennende Neo-Nazis wie Uwe Brunke und Peter Meindl und ein großer Block der Identitären. Die AfD richtete sich gegen das „Asylchaos“. AfD-Bezirksvorsitzender Stephan Protschka machte klar: „Wir wollen es nicht schaffen“. Die Kundgebung bestand aus künstlich in die Länge

unter die auch die SLP, mobilisierten dagegen. Trotz der kurzen Mobilisierungsphase gab es kämpferische Stimmung.

Die Kundgebung der AfD wurde lautstark konfrontiert, ihr kurzer, ca. 30 minütiger Demozug durch Freilassing konnte aber nicht verhindert werden. Am Ende der ca. dreistündigen Veranstal-

Rechten mit einem Pfeifkonzert und „Nazis raus“-Rufen zu empfangen und verabschieden. Die antifaschistische Kundgebung hätte die Hetze der Rechten mit sozialen Forderungen kontern müssen, um dem Rassismus den Boden zu entziehen. Dafür wird die SLP auch weiterhin in Salzburg eintreten.

Moritz Bauer

AK-Wien: Solidarität kennt keine Grenzen

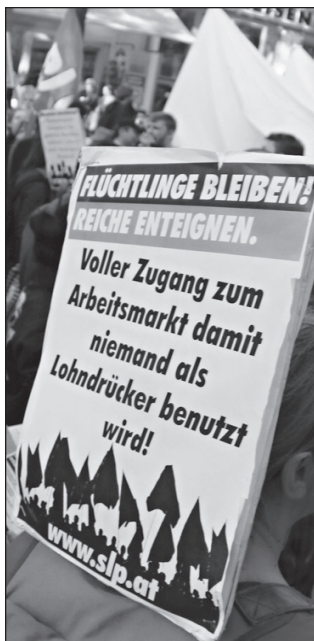
Bei der 165. Vollversammlung wurde ein KOMintern-Antrag angenommen, der maßgeblich auf Initiative der SLP entstanden ist.

Im Antrag wird – ein von uns eingebrachter Punkt – betont: „Wenn das reichste Prozent über ein Vermögen von rund 500 Milliarden Euro verfügt, dann ist ausreichend Geld vorhanden, um Jobs und Wohnungen für alle zu schaffen, um in Gesundheit, Bildung und Soziales zu investieren, anstatt zu kürzen. Auch hei-

mische Unternehmen tragen eine Verantwortung für die Fluchtursachen, durch ihre Geschäfte mit Diktatoren, Terrororganisationen und Waffenexporte in Krisengebiete.“

Damit die Forderungen wie legaler Zugang zum Arbeitsmarkt, öffentliches Investitionsprogramm, um Jobs für alle zu schaffen, usw. auch durchgesetzt werden, ist eine offensive Kampagne von AK und Gewerkschaften notwendig.

> Antrag auf slp.at



Termin des Monats



Fluchtursachen & Imperialismus

Dass so viele Menschen weltweit auf der Flucht sind, ist das Ergebnis des Imperialismus. Dieses „höchste Stadium des Kapitalismus“ zerstört die Umwelt, beutet aus und zettelt Kriege an. Bei diesem Seminar geht es speziell auch um die Rolle des österreichischen und türkischen Imperialismus und um die historische und aktuelle Beziehung von ArbeiterInnenbewegung und Migration.

12./13. Dezember 2015 in Wien

Mit einem Sozialisten aus der Türkei

Anmeldung unter slp@slp.at

Alle Jahre wieder (seit 10 Jahren) beschwört die FPÖ den Mythos, es gäbe in den Wiener Kindergärten keinen Nikolo mehr (tatsächlich wird gefeiert und die Kinder erhalten Geschenke). Es gab sogar Unterschriftenaktionen und Initiativen, wie z.B. „SOS-Abendland“. Die FPÖ nutzt es für rassistische Hetzre: „Wie kommen unsere Kinder dazu, dass sie aus falsch verstandener Rücksicht auf muslimische Kinder auf die lieb gewordene Tradition des Nikolaus-Besuchs verzichten müssen? [...] Christliches Brauchtum ist zu erhalten und nicht auf dem Altar der Multi-Kulti-Phantastereien zu opfern.“, meinte FPÖ-Ab-

Rote Seitenblicke

geordneter Weinzinger. Insgesamt ist die Frage, was Glaubensinhalte in öffentlichen Bildungseinrichtungen überhaupt zu Suchen haben. Doch beschränken wir Nikolo & Krampus mal aufs Brauchtum. Ein fremder Mann schaut in sein allwissendes Buch (Big Brother!), ob ein Kind brav oder schlimm war. „Warst du brav [Was auch immer das heißt?], bekommst du Geschenke. Warst du ‚schlimm‘ [?], wirst du bestraft.“ Laut Tradition mit Schlägen vom Krampus/Teufel. Das ist eine mittelalterliche („schwarze“) Pädagogik, für die solche politischen Kräfte ja auch stehen. So war es Sebastian Kurz (ÖVP), der Geldstrafen gegen Schulschwänzen vorgeschlagen hat. Und grad von Freiheitlichen gibts Positives zur angeblich „gsunden Watschn“. So sollen die Schäfchen mit Zucht & Ordnung, Law & Order gedrillt werden. Denn letztlich geht es doch immer um Einschüchterung und Unterdrückung, ob jetzt von kleinen oder großen Rebellen.

Jan Millonig



Foto: www.amaspics.at

Fußball für Flüchtlinge – oder?

„Islamists not welcome – Europe awake!“ Das war eine unmissverständliche Botschaft rechter Austria-Wien-Fans bei einem Spiel vor wenigen Wo-

überall zeigt sich das soziale Element des Fußballs, das bei vielen Fangruppen eine Selbstverständlichkeit ist. Fans von Wacker Innsbruck

das deutsche Boulevardblatt „Bild“. Dieses Blatt hatte sich einen besonderen Werbegag ausgedacht. Die Mannschaften der deutschen Fußballligen

leidigung – denn gerade St. Pauli hält seit Jahrzehnten antirassistische Ideale hoch. Auch gegen die „Bild“, die zu einem der widerlichsten Hetzblätter im deutschsprachigen Raum gehört. Folgerichtig zeigten viele Fankurven in den letzten Wochen diesem Organ mit Transparenten und Sprechchören die rote Karte.

Derweil organisieren gerade viele kleine Fußballvereine gelebte Integration. Der Ball kennt keine Sprache. In einer wachsenden Zahl von Orten spielen Flüchtlinge gleichberechtigt im örtlichen Verein mit. So sollte – und könnte – es eigentlich auch in der restlichen Gesellschaft laufen.

Christian Bunke

Viele Fußballfans solidarisieren sich mit Flüchtlingen. Doch auch Geschäftemacherei ist im Spiel.

chen. Doch viele Fußballfans teilen diese Sicht nicht. Das Engagement reicht von Patenschaften lokaler Teams mit Flüchtlingsgruppen, über Spendenaktionen bis hin zu Gratis-Eintritt für Flüchtlinge.

Manche Clubs praktizieren das schon seit Jahren, wie etwa der Wiener Sportklub. Andere haben erst vor einigen Monaten damit angefangen. Doch

etwa laden jedes Jahr Obdachlose zu sich ins Stadion ein. Bei Blau-Weiß Linz gibt es seit 2007 eine antirassistische Faninitiative. Auch die österreichische Nationalmannschaft – die meisten ihrer Mitglieder haben Migrationshintergrund – fordert „refugees welcome“.

Doch manche falsche Freunde versuchen diese Hilfsbereitschaft für sich auszunutzen. Allen voran

sollten mit einem „Refugees Welcome“ Aufdruck auf ihren Trikots auflaufen. Nebst „Bild“-Werbelogo, versteht sich.

Längst nicht alle hatten darauf Lust. So verweigerten sich die Vereine Eisern-Union Berlin und FC St. Pauli. Letzterem hielt die „Bild“ dann auf Twitter vor, Flüchtlinge nicht willkommen heißen zu wollen. Eine Be-

Joe Hill: Der Mann, der niemals starb

Vor 100 Jahren, am 19.11.1915, wurde Joe Hill (Joel Emmanuel Hägglund) hingerichtet. Heute lebt er in Liedern weiter und ist zu einer Ikone für Linke und ArbeiterInnen geworden. Der junge Arbeiter aus Schweden suchte Anfang des 20. Jahrhunderts sein Glück in den USA. Doch wie den meisten blieb auch ihm der „amerikanische Traum“ verwehrt und bald schloss er sich der Gewerkschaft an. Joe Hill verfasste den Soundtrack

zu Arbeitskämpfen und beschrieb in seinen Liedern den leidvollen Alltag der ArbeiterInnen. Und er war selbst aktiv, spielte z.B. eine führende Rolle im Streik in den Silberminen von Utah. Daher war er der herrschenden Klasse ein Dorn im Auge und wurde fälschlicherweise wegen Mordes angeklagt und zum Tode verurteilt.

Wie viele vor und nach ihm wurde er Opfer einer Justiz, die im Sinne

der herrschenden Klasse agiert. Er wurde wegen seiner politischen Aktivität verfolgt. Klassenjustiz ist kein Relikt der Geschichte – es wird sie so lange geben wie den Kapitalismus. Auch heute müssen Arme, Linke, GewerkschafterInnen ins Gefängnis, während Reiche und PolitikerInnen frei gehen. Doch Joe Hill hat in seinem letzten Brief aus dem Gefängnis einen Ausweg gezeigt: „Trauert nicht, organisiert euch!“

Nicolas Prettnner





Pariser Gipfel: Klima-Krise-Kapitalismus

In der Erklärung des Weltklimarates der Vereinten Nationen von 2006 wurde im Kyoto-Protokoll festgestellt, dass die Durchschnittstemperatur der Erde nicht um mehr als zwei Grad Celsius ansteigen dürfe. Ansonsten könnte dies fatale Folgen auf Umwelt und Menschheit haben. Dennoch rechnen neun von zehn ForscherInnen mit einem Temperaturanstieg von 3–6 Grad Celsius.

Die Ozeane nahmen bisher einen großen Teil des aus fossilen Quellen stammenden CO₂ auf. Stei-

weiteren Anstieg des Meeresspiegels sowie eine Änderung des Salzgehalts und damit der Wasser-Schichtungen und Strömungen zur Folge haben. Gleichzeitig können die Meere immer weniger CO₂ aus der Atmosphäre binden. Die Folge: Übersäuerung. Die Erhöhung der Oberflächen-Temperaturen führt zum Aufschmelzen der Permafrostböden in den hohen Breitengraden. Das setzt gewaltige Mengen des dort gebundenen Methan-Gases frei, das äußerst klimawirksam ist.

11.12.2015 wird in Paris die 21. UN-Klimakonferenz und gleichzeitig das 11. Treffen zum Kyoto-Protokoll stattfinden. Dabei soll ein neues Klimaschutzprogramm verabschiedet werden. Ein neues, radikales Programm zum Klimaschutz, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt und nicht Profite, hat also höchste Dringlichkeit. In den letzten Jahren haben extreme Wetterverhältnisse bereits deutlich zugenommen. Naturkatastrophen, hervorgerufen durch diese, stehen

Küstenregionen sind von Überschwemmungen betroffen, Salzwasser tritt ungehindert in die Grundwasservorräte ein. Besonders betroffen sind Länder wie Bangladesch, Ägypten, Pakistan, Indonesien und Thailand, die alle eine große und arme Bevölkerung aufweisen. Bei weiterem Anstieg des Meeresspiegels müssten große Teile der dort ansässigen Bevölkerung umgesiedelt werden oder fliehen. Auch die Möglichkeiten Landwirtschaft zu betreiben, wäre aufgrund des hohen Salzgehalts im Boden nicht mehr möglich. Eine weitere Gefahr für die Küstenregionen stellt die Zunahme an Hurrikans dar, die auch bei geringerer Stärke verheerende Ausmaße bei höherem Meeresspiegel annehmen können. Doch auch Dürreperioden und Waldbrände nehmen aufgrund der Wetterextreme zu und bedrohen das Leben von Millionen Menschen weltweit. Z.B. in der Sahelzone Afrikas, in China oder Lateinamerika, wo Hunderttausende keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu Trinkwasser haben.

Bei all diesen Ereignissen und Krisen sind besonders neokoloniale Ländern, in denen ohnehin schon hohe Armut herrscht, betroffen. Die Folgen des Klimawandels verstärken die Probleme jener Menschen, die diese Krise nicht verursacht haben, nur noch mehr. Hunger, Wasserknappheit und die Ausbreitung von Krankheiten werden für viele zum Todesurteil. Dies führt zu Fluchtwellen. Auch wenn in noch geringerem Maß, sind auch wir in Österreich vom Klimawandel bereits betroffen. Alle paar Jahre eine „Jahrhundertüberschwemmung“ oder eine Rekordhitzewelle oder ein fehlender Winter. Das Gleichgewicht ist durcheinander.

Klimawandel ist kein national oder individuell lösbares Problem. Denn es ist die Profitgier des Kapitalismus, der nicht zögert mit Lebensmitteln zu spekulieren, die Umwelt zu verschmutzen und Menschen auszubeuten, der verantwortlich ist. VertreterInnen des Kapitalismus, die sich in Paris treffen, werden also auch keine wirklichen Lösungen finden

Theresa Reimer

In den letzten 20 Jahren haben sich Naturkatastrophen wegen des Klimawandels auf 400/Jahr verdoppelt.

gende Wassertemperaturen sowie die bereits erfolgte Sättigung mindern diese Aufnahmefähigkeit. An den Ozeanen offenbart sich der Klimawandel dramatisch. Sie dehnen sich aufgrund der zusätzlichen Wärme aus. Hinzu kommt der Verlust gigantischer Gletschermassen (v.a. Grönlands), die einen

Der Klimawandel ist leider bereits in vollem Gang und teils unumkehrbar. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass man den Kampf gegen Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels aufgibt. Die vielfältigen Probleme können viele Menschen zu entsprechendem Aktivismus anspornen. Vom 30.11.–

förmlich auf der Tagesordnung.

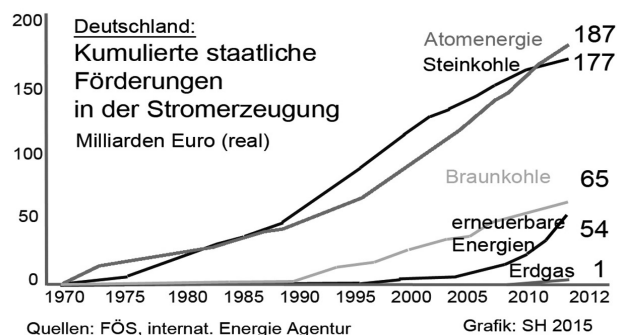
Mit dem Schmelzen der Gletscher werden auch die Süßwasservorräte der Erde immer geringer, ein Anstieg des Meeresspiegels ist aufgrund des Abschmelzens der Polkappen bereits eingetreten. Immer mehr tiefer liegende

Energiesubventionen im Vergleich

Subventionen
international
erneuerbarer
Energien
37 Mrd €
(2011)



Subventionen
international
fossiler
Brennstoffe
409 Mrd €
(2011)



Zahlen und Fakten zur Weltklimadiplomatie

➤ Die 21. UN-Klimakonferenz in Paris ist gleichzeitig das 11. Treffen zum „Kyoto-Protokoll“, einem Vertrag zur Regelung der Senkung des CO₂-Ausstoßes. Seit der Unterzeichnung 1997 galt Kyoto bereits mehrfach als gescheitert bzw. unwirksam. Viele der großen imperialistischen sowie erdöllexportierenden Staaten sabotieren regelmäßig entsprechende Anstrengungen. Der maximal erzielte Minimalkonsens solcher Konferenzen spiegelt die Hilflosigkeit der etablierten Klimadiplomatie wider. Die Pariser Konferenz möge eine Kyoto-Nachfolgevereinbarung zum Ergebnis haben, welche ab 2020 wirksam werden soll. Aber selbst wenn „Kyoto III“ kommen sollte, sind wir meilenweit von der nötigen CO₂-Reduktion entfernt.

➤ Allein das erklärte Ziel, die globale Erwärmung bei unter +2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten, hinkt dem Stand der wissenschaftlichen Aufarbeitung hinterher. Das Problem: der Eispanzer Grönlands ist deutlich instabiler als gedacht. Demzufolge legt der aktuelle Weltklimabericht nahe, dass bereits ab einer 1°C-Erwärmung mit (langfristigem) Total-

verlust zu rechnen ist. In den vorangegangenen Berichten ging man noch von 1,9–4,6°C aus. Daraus folgte das „2°C-Ziel“, welches nunmehr überholt ist. Dennoch wird auf der alten Basis verhandelt und der Eindruck vermittelt, das wäre ausreichend.

➤ Laut „Climate Accountability Institute“ können zwei Drittel der CO₂-Emissionen nur 90 Unternehmen zugeordnet werden. Der Konflikt um den ekelhaften Lobbyismus der Klimakiller führte 2013 am Warschauer Gipfel zum Eklat. 70 Organisationen boykottierten die Schlußsitzung, um gegen die unverhohlene Einflussnahme von Konzernen wie BMW, General Motors und Alstom zu protestieren. Eine Anti-Lobby-NGO brachte einen guten Slogan ins Spiel: „Sperrt die dreckigen Unternehmen aus den Verhandlungszimmern aus!“ Eine künftige gemeinsame Aktion aller engagierten Organisationen inklusive WissenschaftlerInnen, die nicht im fossil-nuklearen Sold stehen, sollte nicht im Verlassen des Sitzungssaales bestehen, sondern in seiner Besetzung, um die Klimakiller ihrerseits vor der Weltöffentlichkeit zum Abgang zu bewegen.

Klimakatastrophe ist Ergebnis des kapitalistischen Profitsystems

Die wesentlichen Gründe für den gegenwärtigen Klimawandel sind der (steigende) Ausstoß fossilen CO₂ durch die Verbrennung von Erdöl, Erdgas und Kohle sowie der Verlust an Waldbestand in den höheren nördlichen Breiten und Tropen. Dabei wären die techno-

druck, die Erneuerbaren würden Energiekosten erhöhen. Das EEG ist letztlich staatlich festgeschriebene Umverteilung von unten nach oben. Das dahinter stehende und weiterhin fossil-dominierte Subventions-Regime wird nicht hinterfragt. Die stei-

Wenn Konzerne Hirnschmalz einbringen, dann um zu betrügen – wie beim VW-Abgas-Skandal. Eine geheime Software erkennt Testsituationen, um ein Spezialprogramm in der Abgasnachbehandlung zu starten, wodurch die Stickoxid-Emission im Grenzwert gehalten wird. Im alltäglichen Betrieb wird jedoch bis zum 40-fachen ausgestoßen! Zu genau solch kriminellen Verhalten führt uns die vielgepriesene „Konkurrenz“ im Kapitalismus. Auch auf der Ebene der Politik bleibt von der Illusion Grüner Parteien in den „freien Markt“ nur ein Scherbenhaufen: Ökosteuern sind Massensteuern und somit unsozial, während im Emissionshandel gerade mal CO₂-Pakete hin- und hergeschoben werden.

Die nationalstaatliche Zwangsjacke ist wesentliches Merkmal des Kapitalismus und zementiert beim Klimawandel die strukturelle Hilflosigkeit. Die entscheidenden Ebenen wirtschaftlichen Handelns sind demokratischen Vorgängen entzogen. Unternehmen erpressen notfalls die Gesellschaft („Abwanderung“), und werden dies tun, solange keine international wirksame Planung von Ressourcen, Bedarf, Produktion und Verteilung stattfindet. Die internationale Arbeitsteilung benötigt eine völlig andere Eigentums-Struktur sowie politische Gliederung. Kurzum: ohne Bruch mit dem Kapitalismus ist Klimaschutz eine symbolische Angelegenheit. Ohne vollständiger Vergesell-

Weit über 90% des gegenwärtigen Klimawandels sind von Menschen gemacht.

logischen Möglichkeiten klimafreundlichen Wirtschaftens verfügbar. Doch richtungsweisende Entscheidungen folgen im Kapitalismus nicht berechtigten Wünschen und demokratischen Mehrheiten. Es herrschen die besitzenden Klassen. Selbst in Ländern, in denen formal demokratische Systeme existieren, bedeutet eine politische Maßnahme keineswegs, dass dies die Handlungen der Konzerne und wirtschaftlichen Strukturen ändert. Trotz herzerwärmender Reden durch Obama und UNO-Chef Ban Ki-moon: Die herrschenden Eliten in ihrer Gesamtheit legen gegenwärtig den Schwerpunkt vielmehr auf Projekte wie TTIP; dem genauen Gegenteil dessen, was nötig wäre.

Ein eindrucksvolles Beispiel der Widersinnigkeit herrschender „Klimapolitik“ ist das „Erneuerbare Energie-Gesetz“ (EEG) in Deutschland. Anstatt eine echte Energiewende zu bringen, vermittelt es den (falschen) Ein-

genden Energiekosten sind Folge der Strommarkt-„Liberalisierung“ Ende der 90er sowie dem de-facto-Monopol der vier großen Energie-Konzerne am deutschen Markt. Den Bärenanteil am Anstieg des Anteils der Erneuerbaren haben unzählige Menschen, die sich engagieren und v.a. im Bereich Solaranlagen mutige Schritte setzen. Demgegenüber verhöhnt die Politik der großen Energiekonzerne all diese Anstrengungen.

Die Triebfeder zur vorgeblichen „Energiewende“ für Teile des deutschen Kapitals ist die Verbesserung der eigenen Position im „globalen Wettbewerb“ und künftige „Energie-Unabhängigkeit“. Der Horizont von Merkel & Co. endet bei den Bilanzen der führenden deutschen sowie in Deutschland operierenden Unternehmen. Und als Diener ihrer Herren kann und will die (kapitalistische) Regierung wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen nicht in Einklang bringen.



schaftung aller global relevanten Energiefirmen inklusive demokratischer Kontrolle durch Beschäftigte und KonsumentInnen wird sich an der Grundlage der Klimakatastrophe nichts ändern. Klimaschutz muss mittels Massenbewegungen gegen die herrschenden Zustände erkämpft werden.

Tatsache ist, dass mit der Ausbeutung fossiler Energiequellen noch immer Vermögen zu machen sind. Die mangelnde Nachhaltigkeit dieser Vorgangsweise küm-

nern. In Österreich wird diese Rolle zunehmend von der FPÖ übernommen und schon mal die Klimaerwärmung angezweifelt. Im Regierungsübernehmen in Oberösterreich steht dann auch das Bekenntnis „zu einer umsichtigen Umweltpolitik, welche auf die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes Rücksicht nimmt und diesen nicht über Gebühr behindert.“

Aber auch der österreichische Staat befindet sich auf dieser Linie: trotz 31,5% Anteilen am OMV-Konzern wird nichts getan, um

ale Kämpfe verschärfen. Der Weltklimarat rechnet in seinem Synthesis-Report 2014 mit bedeutenden Einkommens-Verlusten sowie einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in vielen Ländern. Gerade aufgrund der neo-kolonialen Unterdrückung werden existenzbedrohliche Zustände (Hunger, Kriege, Massenflucht) stetig zunehmen.

Der bekannte Klimaforscher Stefan Rahmstorf, der nicht im Verdacht steht, Sozialist zu sein, schreibt in seinem Buch „Der Klimawandel“: „Nach der Lektüre dieses Buches wird der Leser hoffentlich unserer Ansicht zustimmen, dass die Bewältigung des Klimawandels eine Feuertaufe für die im Entstehen begriffene Weltgesellschaft darstellt.“ Rahmstorf diskutiert auch die Potentiale sogenannten „Geo-Engineerings“. Gemeint sind damit teils gigantische Projekte, um CO₂ zu binden oder die Auswirkungen des Klimawandels abzufedern. An dieser Stelle ist keine Bewertung möglich, ob oder welche dieser Maßnahmen überhaupt realisierbar und wirksam sein können. Doch aufgrund der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus steht fest, dass diese „Feuertaufe der Weltgesellschaft“ in der Ablösung durch ein nachhaltig planendes, nicht-profitorientiertes und national-beschränktes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem liegen muss.

Franz Neuhold

Die Szene der sogenannten „KlimaskeptikerInnen“ wird von Energiekonzernen finanziert.

mert die „Eliten“ nicht. Es ist das Wesen der Profitlogik, die gesamtgesellschaftlichen und langfristigen Auswirkungen nicht über die Bilanz zu stellen, sondern zu ignorieren. Der Gipfel des Zynismus ist das Gerede von „Freiheit“, die sich angeblich durch fossile Energie ergibt. Das bringt uns zu den sogenannten „KlimaskeptikerInnen“. Hierbei handelt es sich überwiegend um (sehr) wohlhabende Männer mit einem stark konservativen bis rechtsextremen Hintergrund. Die Finanzierung dieser Szene durch Energiekonzerne ist vielfach belegt. In den USA gibt es eine „Skeptiker“-Lobby; teils als Wurmfortsatz der schauerlichen „Tea-Party“ bei den Republika-

einen Kurswechsel einzuleiten. Der ehemalige Vorstandschef Roiss erklärte 2013, dass für die OMV „die Erneuerbaren“ kein Thema sind. Sein Nachfolger, Rainer Seele, wurde vor kurzem genau deshalb an die Spitze der OMV geholt, da er zuvor beim Erdölgiganten Wintershall im Bereich „upstreaming“ groß zugeht hatte. Mit diesem Begriff wird die Fixierung auf Suche, Erschließung und Ausbeutung fossiler Lagerstätten schöngeschrieben. Zu den „Erneuerbaren“ kann die Werbeagentur ja ein kindergerechtes Werbefilmchen basteln.

So wie die Gründe des Klimawandels im Chaos der kapitalistischen Produktionsweise liegen, werden die Folgen ebendieses Klimawandels sozi-



Marx aktuell

Das Verhältnis zwischen Mensch und Natur ist fundamentaler Bestandteil marxistischer Theorie. „Arbeit“ ist bei Marx die gesellschaftliche Tätigkeit, durch die der Mensch seine Umwelt (v.a. die Natur) verändert. Das bringt aber auch eine Veränderung des Menschen mit sich. Dies beschreibt Marx als „Stoffwechsel“. 1865, im ersten Band des „Kapital“, analysiert er: „Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sie in großen Zentren zusammenhäuft, häuft die kapitalistische Produktion einerseits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde“. Wie der US-Marxist Foster herausarbeitete, beschreibt Marx hier einen „metabolischen Bruch“ (Metabolismus = Stoffwechsel): Die kapitalistische Produktionsweise hat so stark in natürl-

Wirtschaft demokratisch planen: Es ist möglich!

che Abläufe eingegriffen, dass als Reaktion die Existenz der Menschheit auf dem Spiel steht.

SozialistInnen fordern, wirtschaftliche Abläufe zu planen, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur unter Kontrolle zu bekommen und die gegenseitige Vernichtung aufzuhalten. Eine geplante Wirtschaft ist alles andere als utopisch. Jeder kapitalistische Betrieb plant. Internationale Firmen haben weitreichende Planungsmethoden entwickelt – jedoch nur, um auf betrieblicher Ebene kurzfristig Profite zu realisieren. Die Input-Output-Analysen des sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers Leontieff brachten ihm zwar den Nobelpreis – ihr Potential, wirtschaftliche Abläufe zu planen, wurde jedoch weder von ihm noch von der stalinistischen Bürokratie voll erkannt. Die Allende-Regierung experimentierte ab 1971 bis zum Pinochet-Putsch mit einem „sozialistischen Internet“: „Cybercyn“ koordinierte 12 der 20 größten Unternehmen Chiles und machte eine effektive Steuerung der Abläufe möglich – obwohl es in ganz Chile nur 50 Computer gab (vgl. Eden Medina: The Cybercyn Revolution, in: Jacobin Nr.17). Die schottischen Ökonomen Cockshott und Cottrell entwickelten die Ideen wirtschaftlicher Demokratie in den 1990ern in dem Buch „Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie“ anhand neuerer Technologien weiter. Kaum auszumalen, welches Potential mit den heutigen Mitteln des Internets existiert! Die technischen Möglichkeiten sind also da – es braucht soziale Kämpfe, um sie den gesellschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen. Durch einen Bruch mit der kapitalistischen Logik, dem Erkämpfen von ArbeiterInnenverwaltung und die Überführung der Schlüsselsektoren der Wirtschaft in öffentliches Eigentum hätten alle Zugang zu den Abläufen und Entscheidungen, die sie betreffen. Planwirtschaft benötigt zwar zentrale Koordination, genauso jedoch Kontrolle von unten. Diese geschieht durch demokratische Strukturen, welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten erörtern und an die nächste Ebene kommunizieren, durch sektorale und regionale Vernetzung der Wirtschaft, durch demokratische Gremien, deren VertreterInnen jederzeit abwählbar sind. Das Sammeln zentraler Input-Output-Daten ermöglicht die Rahmenplanung. Motiv wirtschaftlicher Prozesse wäre nicht mehr Profit, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt – eine Wiederherstellung des Stoffwechsels auf höherer Ebene.

Sebastian Kugler



Es braucht sozialistische Lösungen für die Umwelt

Die Folgen der Umweltzerstörung und des Klimawandels treffen die ArbeiterInnenklasse, und vor allem ihre am meisten benachteiligten Elemente, am stärksten. Und das gilt weltweit, egal ob in Österreich, Bangladesch oder sonst wo. Nicht nur Wohlstand, sondern auch die Belastung durch Um-

Taifun eher stand und sie haben das nötige Kleingeld, um woanders hin zu gehen bzw. sich auch bei steigenden Lebensmittelpreisen zu ernähren. Wenn es zu Umweltkatastrophen, wie Überschwemmungen, Dürren oder Flächenbränden, kommt, sind es die Armen, die am meisten leiden.

stehen – und nicht bereit sind diese zu verändern, sind letztlich nutzlos. Doch wie soll die Umweltfrage richtig angegangen werden? Für eine langfristige, nachhaltige Lösung müssen die Klassenwidersprüche in den Vordergrund gebracht, aufgezeigt und gelöst werden. Dafür ist es aber auch notwendig, dass die

nen in einem Kampf für ein groß angelegtes Programm für echte „grüne Jobs“ zu vereinen. Dafür ist jedoch letztendlich ein Bruch mit den profitorientierten, ausbeuterischen Interessen der Bourgeoisie und des chaotischen freien Marktes nötig. Im Kapitalismus sind Umwelt und Mensch nur Mittel zum Zweck der Profiterbringung. Es braucht eine sozialistische, geplante Produktionsweise. Diese kann nur von unten erkämpft werden. Die Großkonzerne, die die Umwelt für Profit vernichten, müssen gestoppt werden – und am besten können das die Menschen, die dort arbeiten. ArbeiterInnen können sich organisieren, die Produktion stoppen, die Kontrolle übernehmen und mit Hilfe von AktivistInnen und ExpertInnen die Produktion klimafreundlich umgestalten, wie dies die ArbeiterInnen der griechischen Seifenfabrik VIO.ME getan haben. Die Produktionsmittel – Betriebe, Fabriken, etc. – müssen verstaatlicht und unter der demokratischen Leitung der betroffenen ArbeiterInnen geführt werden. Dann kann im Interesse der gesamten Gesellschaft und mit

höchster Rücksicht auf die Umwelt produziert werden. Ziele und Entscheidungen werden in Gremien/Räten auf Betriebs-, Branchen-, nationaler und schließlich internationaler Ebene getroffen. Durch moderne Technologien und fortgeschrittene Marktforschung können Bedürfnisse und Wünsche präzise ermittelt werden. Umweltbelastende, ineffiziente Überproduktion kann so auf ein Minimum reduziert werden.

Das Potential dafür ist da: Von den USA, wo der Bau einer Bohrinnsel von einer Masse an AktivistInnen blockiert wird und Hunderttausende am „People's Climate March“ demonstriert haben, über Deutschland, wo sich Zehntausende Zügen mit Atommüll in den Weg stellen, bis nach China, wo Tausende Regierungsgebäude stürmen, um die Verseuchung von Trinkwasser durch die Industrie zu stoppen. Der Klimagipfel in Paris wird ebenfalls von Massendemonstrationen begleitet werden. Die SLP und ihre internationalen Schwesterorganisationen werden vor Ort an den Protesten teilnehmen.

Nikita Tarasov

Für den lebenswerten Fortbestand von allen muss Umweltschutz das Thema der ArbeiterInnenbewegung werden!

weltverschmutzung und Gifte, ist ungleich verteilt: Während die Lohnabhängigen durch Abgase, Abfälle etc. von profitorientierten Betrieben ungleich stärker geschädigt werden und in dichtverbauten Gebieten leben, lassen es sich die Reichen in grünen Oasen gut gehen.

Durch den Anstieg der Durchschnittstemperatur in den kommenden Jahrzehnten wird es unter anderen Katastrophen auch öfter zu Dürren kommen. Natürlich ist so ein Szenario für die Reichen dieser Welt nicht so bedrohlich wie für die Massen. Ihre Häuser halten einem

Gleichzeitig sind aber Bewegungen, die sich für Umweltschutz engagieren, leider größtenteils bürgerlich dominiert. Das Thema wird dabei aus dem Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise gerissen und auf einer moralischen Ebene behandelt. Die Tatsache, dass „wir hier unten“ und „die da oben“ unterschiedliche Interessen haben, wird ausgeblendet. Und das ist ein Problem! Denn Lösungsansätze, die nur innerhalb der kapitalistischen Strukturen bleiben – die also nicht hinterfragen, warum Profitinteressen über den Interessen der Massen und der Umwelt

Gewerkschaften aufhören, Umweltfragen in den Hintergrund zu drängen oder ganz zu ignorieren. Allzu oft erteilt die Gewerkschaftsführung ökologischen Bestrebungen mit dem Verweis von Erhalt oder Schaffung von Arbeitsplätzen eine Abfuhr. Doch das ist ein kurzsichtiges Argument: Die fortschreitende Zerstörung der Umwelt vernichtet mehr Arbeitsplätze, als durch fossile Energien geschaffen werden. Auch kann die Produktion zahlreicher Unternehmen umgestellt werden, ohne Leute zu feuern. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die Umweltbewegung und die ArbeiterIn-

Flüchtlinge: Wo sind Bund & Land?

Seit Anfang September ist das Dusika Stadion in Wien eine Notunterkunft für rund 900 Flüchtlinge. Es steht keine Organisation dahinter. Wir sind alle Freiwillige – SchülerInnen, Lehrlinge, StudentInnen, Angestellte – die durch Zufälle reingerutscht sind.

Für die Kommunikation zwischen uns und dem Krisenstab gibt es die Einsatzleitung, die in unserem Fall vom Samariter Bund (ASB) gestellt wird. Doch leider bekommen sie selbst nicht immer rechtzeitig alle notwendigen Informationen.

Das Stadion wird v.a. durch private Spenden und privates Engagement aufrecht gehalten. Wasser, Semmeln, Honig, Tee und warmes Abendessen bekommen wir vom Bundesheer, allerdings wurde uns das Essen mal für mehrere Tage gestrichen, da es nur Quartieren zustehe.

Der ASB ist für Medikamente und Pappgeschirr zuständig. Klingt doch schon ganz gut, oder?

Wären da nicht die ÄrztInnen, die wir selbst organisieren müssen, weil wir sonst nichts mit den Medikamenten anfangen dürfen.

Kann jeder Flüchtling gut genug Englisch, um alleine die Erste Hilfe Station aufzusuchen oder andere Dinge zu klären? Nein, das bedeutet, dass wir auch hier am besten rund um die Uhr

mindestens zwei DolmetscherInnen für beide Hallen suchen müssen.

Was, wenn die Waschmaschinen wieder kaputt sind? Dafür haben wir leider kein Budget, wir können nur über Facebook hoffen, dass wir eineN freiwilligeN HandwerkerIn finden.

Das warme Mittagessen wird auch von HelferInnen gekocht, die Zutaten kommen von privaten SpenderInnen. Die ganze Organisation, das Recherchieren, Telefonieren, und Vermitteln ist harte UNBEZAHLTE Arbeit. Natürlich machen wir das alles gerne, sonst wären nicht vor Ort. Die Wiener Flüchtlingskoordinatorin Hacker meinte ja tatsächlich öffentlich, wenn die Organisationsteams es nicht mehr packen, dann finde er andere Menschen, die das machen. Ich warte auf diese Anderen, ein bisschen Freizeit wäre doch wieder ganz nett.

Alleine in dieser einen Unterkunft könnte man so viele Arbeitsplätze schaffen. Das würde auch manchen Menschen die Ängste nehmen, dass Flüchtlinge ihnen ihre Jobs klauen würden. Gegen zu hohe Mietpreise, schlecht bezahlte Jobs, und schlechte Bildungschancen müssen wir gemeinsam kämpfen!

Sedef Yavuz,

Helferin im Dusika-Stadion



Let's Talk about Sex, Baby

Der Grundsatzerlass zur Sexualerziehung beschreibt, wie diese in den Schulen aufbereitet werden sollte.

ation, dass Verhütungsmittel teuer und nicht für jedeN leicht zugänglich sind.

dass Eltern nun mehr miteinbezogen werden. Tatsächlich ist schulische Sexualerziehung gerade deshalb wichtig, um Kinder vor solchen reaktionären Eltern zu schützen!

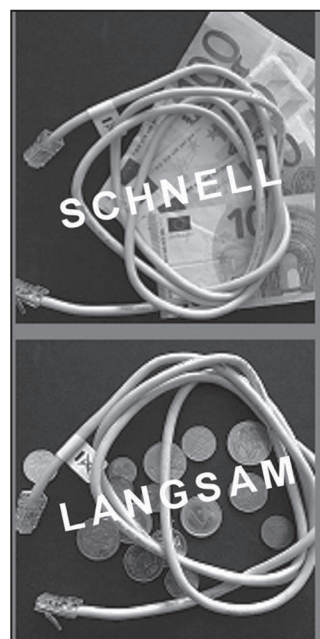
Der neue Grundsatzerlass zur Sexualerziehung versetzt Konservative & Fundis in Panik.

Seit kurzem gibt es einen neuen Erlass. Das war längst überfällig, der bisherige war Jahrzehnte alt! Es gibt Fortschritte, wie z.B. der Punkt, in dem klar gesagt wird, dass nur die Frauen selbst zu entscheiden haben, wann und ob sie Kinder bekommen möchten. Jedoch ändert das nichts an der praktischen Situ-

ation, dass Verhütungsmittel teuer und nicht für jedeN leicht zugänglich sind. Sturm gelaufen sind Konservative aller Richtungen die nicht damit zufrieden sind, dass Kinder lernen, wie sie verantwortungsvoll mit ihrer Sexualität umgehen oder lernen, dass mehr als nur Frau, Mann und hetero existiert. „Sexualisierung von Kindern“ nennen sie das. Durch diesen Druck wurde der Erlass in gewissen Teilen geändert wie z.B.,

Gut ist, dass der Erlass auch klar und deutlich ausdrückt, dass sich der Unterricht nur auf Basis wissenschaftlich erwiesener Fakten stützen darf. Doch was, wenn sich eine Lehrkraft nicht daran hält? Gerade dieser Unterricht muss von ExpertInnen gehalten werden, die ja durchaus existieren. Eine Aufgabe von SchülerInnen das gemeinsam durchzusetzen, wie übrigens auch kostenlose Verhütungsmittel!

Sarah Krenn



Manche sind gleicher, auch im Internet

Der Gleichheitsgrundsatz ist ein nobler Zugang, doch gilt er nur in der Theorie. Gleiches Recht für alle Daten: Bisher war das der Grundsatz des Internets. Nicht zuletzt durch Edward Snowden und Dienste wie Tor (zur Datenanonymisierung) wurde dieser Grundsatz den Herrschenden ein Dorn im Auge. Die für die Herrschenden nötige Zensur war bis jetzt im Internet schwerer als in anderen Medien möglich. Ende Oktober wurde im EU

Parlament auch über diesen Grundsatz abgestimmt. Denn nach monatelangem Konzernlobbying wurde nun das „Zweiklasseninternet“ beschlossen. UserInnen können nun gegenüber anderen vorgezogen werden, wenn sie mehr bezahlen. Ihre Daten haben Vorrang, mit der Netzneutralität (also dem Gleichheitsgrundsatz) ist damit Schluss. Aber dafür zahlen wir ab 2017 keine Roaminggebühren mehr – yay!

Jens Knoll

Fundstück des Monats Marx' Creed?



Der 9. Teil des Videospiels „Assassins Creed“ spielt im England der 1860er Jahre. Mit dabei: Karl Marx, der vor Streikbrechern und Polizei zu schützen ist, während er für ArbeiterInnenrechte agitiert – Marx wird allerdings als Naivling statt revolutionärer Denker und Aktivist dargestellt. Die Revolution bleibt somit aus.



Jeremy Corbyn und die Labour Party

Die Wahl Jeremy Corbyns zum Vorsitzenden der Labour Party im September hat viele überrascht. Er war ursprünglich nur auf den Wahlzettel gelangt, weil ihn rechte Labour Abgeordnete nominiert hatten, um eine demokratische Wahl vorzutauschen. Sie waren ent-

ro) registrieren konnte um an der Wahl teilzunehmen. Das erlaubte tausenden von Corbyns jugendlichen AnhängerInnen, seinen Wahlsieg zu sichern.

Die Kampagne war zu einem Ventil für die Anti-Spar-Stimmung im Land geworden – zum Horror der

sinnt. Er hat im Parlament so wenig Unterstützung, dass selbst Teile seines neu ernannten Schattenkabinetts sich offen gegen seine Forderungen aussprechen. Unter den ParlamentarierInnen formieren sich Anti-Corbyn Gruppen. In den Gemeinderäten ist La-

mokratie hat er seine Position revidiert.

Corbyns Sieg stützt sich auf Kräfte außerhalb der Labour Party. Es ist unwahrscheinlich, dass es gelingt, die Partei von Grund auf zu ändern und den Prozess der Verbürgerlichung umzukehren. Aber er hat sozialistische Ideen wieder auf die Agenda gesetzt. Damit hat er Möglichkeiten im Neuformierungsprozess der Linken in Britannien geöffnet – mit Kräften von innerhalb und außerhalb der Labour Party. Es gibt verschiedene Pro-Corbyn Gruppierungen innerhalb der Partei, eine davon nennt sich "Momentum". Allerdings wird diese Gruppe von Labour-GemeinderätInnen dominiert, die um ihre Wiederwahl kämpfen.

Die Socialist Party (CWI in Britannien) hat Corbyns Kandidatur unterstützt. Wir unterstützen auch die fortschrittlichen Teile seines Programms. Wir sagen aber, es braucht eine Konferenz aller seiner UnterstützerInnen, um Strategie, Taktik und Programm zu diskutieren. Corbyns Einknicken in vielen program-matischen Punkten ist ein Beleg dafür, dass ihm genau das fehlt. Eine solche Konferenz ist notwendig,

um die interne Opposition in Labour zu überwinden – und könnte der Beginn eines solchen Neuformierungsprozesses sein. Denn wenn Corbyns Versuch, die Partei zu ändern, nicht gelingt, ist es notwendig, darauf vorbereitet zu sein und bereits jetzt die ersten Schritte in Richtung einer neuen Partei von ArbeiterInnen und Jugendlichen zu legen. Corbyn muss in diese Richtung vorangehen, und breite Kampagnen zur Kooperation der Kräfte inner- und außerhalb der Labour Party initiieren.

Es ist anzunehmen, dass der Sieg Corbyns nicht alle Probleme lösen wird, vor der die ArbeiterInnenklasse steht. ArbeiterInnen sollten die Möglichkeit haben, bei Wahlen gegen Sparpolitik stimmen zu können. Auf dieser Basis wird TUSC (Trade Union and Socialist Coalition, die Socialist Party ist Teil dieses Bündnisses), weiterhin als Anti-Sparpolitik-Bündnis bei Wahlen antreten. Vor allem in jenen Sitzen, wo Labour KandidatInnen für Kürzungen und gegen Corbyns Politik stehen.

Roger Bannister,

Bundesvorstandsmitglied
der Socialist Party
England und Wales,
www.socialistparty.org.uk

Corbyns Sieg überrascht die Labour-Rechte – Ist er der Beginn eines Neuformierungsprozesses der Linken?

setzt, welche politischen Auswirkungen ihr Manöver hatte! Corbyn zog Massen an jungen Menschen an, die von der Sparpolitik der letzten Jahre genug hatten. Während seiner Wahlkampagne sprach er vor unzähligen vollgepackten Sälen.

Ironischerweise war es eine Änderung im Wahlstatut der Labour Party durch die rechte Führung, die Corbyns Wahl ermöglichte. Über Jahre hinweg hatten sie die Partei von ihren Wurzeln als ArbeiterInnenpartei weggeführt. Labour ist heute eine komplett verbürgerlichte Partei, ein Prozess der in den frühen 90ern begonnen hatte. Das neue Wahlsystem sah vor, dass man sich für drei Pfund (ca. 4, 20 Eu-

Labourführung, der kapitalistischen Medien und der Tories. Diese Stimmung hatte in der Wahl im Mai keinen Ausdruck gefunden. Eine ähnliche Entwicklung hatte bereits in Schottland stattgefunden, wo nach dem Referendum über die Unabhängigkeit die Scottish National Party mit Anti-Spar-Rhetorik die Labour Party in den Wahlen gedemütigt hatte. Corbyns Sieg beweist, dass die Idee von Sozialismus nicht am Ende ist.

Corbyn steht vor großen Hindernissen, wenn er erfolgreich sein will – und wenn er sich nur an der Spitze der Partei halten will. Die Mehrheit der Labour-Abgeordneten ist ihm und seinen Ideen feindlich ge-

bour sehr weit rechts. In den traditionell starken Gegenden Labours setzen lokale Labour-Gemeinderäte die Tory-Kürzungen um – mit Massenkündigungen, Lohnkürzungen und Einsparungen im Öffentlichen Dienst.

Rasch hat Corbyn einige seiner ursprünglichen fortschrittlichen Ideen aufgegeben, wie seine EU-kritische Haltung im EU-Referendum bzw. seine Forderung nach Wiederverstaatlichung der Eisenbahnen. Das hatte er dahingehend relativiert, dass die Eisenbahnen nur Stück für Stück wiederverstaatlicht werden sollen, je nachdem wo die Lizenzen auslaufen. Auch zu Fragen der innerparteilichen De-

Nazi-Gewalt in Schweden

Ende Oktober wurde die schwedische Schwesterorganisation der SLP „Rättvissepartiet Socialisterna“ (RS) Ziel rechtsextremer Brandanschläge. Im Göteborger Stadtteil Hammarkullen, der als Hochburg der „RS“ gilt, wurden drei Wohnungen von AktivistInnen, sowie das Parteibüro angegriffen. Über Briefkästen und Müllcontainer wurde Feuer gelegt. Feuerwehrleute waren mehrere Stunden im Einsatz. Glücklicherweise kam niemand zu Schaden.

Insgesamt nehmen rassistische Anschläge zu. Zwei Tage zuvor wurden an einer Schule zwei Menschen ermordet. Anton Lundin Pettersson, als eine Art Ritter mit Wehrmachtshelm verkleidet, erstach mit einem Schwert einen Lehramtstudenten und den 15-jährigen Schüler Ahmed Hassan. Dieser rassistische Mord orientierte sich an den Gräueltaten Anders Breiviks, und den zwei „Lasermanmördern“ aus den 90er und späten Nuller Jahren. Auch Brandanschläge und Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte häufen sich. Allein Ende Oktober wurden in Schweden fünf solche Gebäude angezündet.

Die Kombination aus Kürzungen und Sparpolitik auf der einen Seite und Flüchtlingen auf der anderen führt zu Angst und ei-

ner Polarisierung die von den rechten „Schwedendemokraten“ (SD) aufgegriffen und instrumentalisiert wird. Ähnlich wie die FPÖ hetzen sie, sind aber die ersten, wenn es darum geht Kürzungen zu beschließen. Die Hetze der rechten „Schwedendemokraten“ steht in engem Zusammenhang mit den mörderischen Anschlägen.

Beidem stellt sich „Rättvissepartiet Socialisterna“ kämpferisch entgegen, denn auch in Schweden wäre genügend Reichtum für alle da, wenn er nur richtig verteilt wäre. Die Einschüchterungsversuche wirkten nicht. Unmittelbar nach den Brandanschlägen wurde ein Treffen der „RS“ einberufen und weitere Schritte organisiert. Die Nachbarschaft wurde mobilisiert, selbstorganisierte Nachtwachen und Rufbereitschaften aufgestellt. Kundgebungen wurden organisiert um das Wohngebiet über die Attacken zu informieren. Eine lokale Demonstration gemeinsam mit anderen linken Organisationen, der lokalen Mietervereinigung etc. fand statt. Besonders die Nachbarschaft zeigte ihre Solidarität, denn „RS ist all die Jahre für uns aufgestanden, nun ist es an der Zeit, dass wir für euch aufstehen“.

Stefan Gredler



Südafrikas Studierende rebellieren

Auch 20 Jahre nach Ende der Apartheid ist die soziale Ungleichheit enorm. Die aktuellen Proteste der Studierenden richten sich auch dagegen. Allein die zwei

schwarzen Studierenden, die es trotz aller Widrigkeiten auf die Unis schaffen, muss ihr Studium abbuchen, weil sie z.B. die Gebühren nicht zahlen kann.

dern ein freies hochwertiges Bildungssystem für alle und den Rücktritt der Regierung.

Die „Workers and Socialist Party“ (CWI Südafrika) und ihre Jugendorganisation schlagen ein landesweites Treffen zentraler AktivistInnen der Bewegung vor. So kann eine neue demokratische, breite Studierendenorganisation entstehend, die für ein gerechtes Bildungssystem eintritt.

Um die Proteste auf die nächste Stufe zu heben müssen sie auf ArbeiterInnen und Gewerkschaften ausgeweitet werden. So können die Studierendenproteste Teil des Entstehungsprozesses einer neuen ArbeiterInnenpartei sein.

Christoph Glaninger

Die ANC-Regierung hat die legale Apartheid lediglich durch eine soziale ersetzt.

reichsten Kapitalisten besitzen soviel wie die unteren 50 %. Sogar die Times beschreibt Südafrikas Herrschende als „die korrupteste Unternehmerklasse der Welt“.

Die ANC-Politik hat die Ausgaben für höhere Bildung auf 0,7% des BIPs gekürzt, weniger als in Ghana und Senegal. Die Hälfte der

Die jüngste Erhöhung der Gebühren hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Seit Wochen demonstrieren Tausende selbstorganisiert unter dem Motto #FeesMustFall. Die Proteste radikalisieren sich immer weiter. Mittlerweile wird nicht nur der Stopp der Gebührenerhöhungen gefordert, son-

USA: Stadträtin wiedergewählt

2013 war es die Sensation: in Seattle wurde Kshama Sawant, Aktivistin von Socialist Alternative (CWI USA), in den Stadtrat gewählt. Seither kämpfte sie kompromisslos für höhere Löhne, niedrigere Mieten und gegen Rassismus. Nun wurde wieder gewählt. Die Demokraten stellten eine links-blinde Gegenkandidatin auf. Doch diese wurde vom Big Business und sogar den Republikanern unterstützt – alles war

dem Establishment recht, um die Sozialistin loszuwerden. Geklappt hat es nicht: Die Sawant-Kampagne, die sich nur aus Spenden kleiner Leute finanzierte, siegte gegen die millionenschwere Schmutzkübelkampagne des Big Business. Unterstützt wurde Kshama von über 30 Gewerkschaftsgruppen, dutzenden fortschrittlichen Organisationen und über 600 Freiwilligen.

www.socialistalternative.net

China: Sozialistischer Kongress

Von 10.–11.10. fanden sich SozialistInnen acht süd- und ostasiatischer Nationalitäten in Hong Kong zusammen. Der Kongress von Socialist Action (CWI HK) war ein voller Erfolg. Diskutiert wurden u.a. die krisenhafte Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und die Auswirkungen auf den südostasiatischen Raum. Nationalistische Spannungen und Kriegsrhetorik machen sich breit. Doch es gibt auch Widerstand: In

China stehen Streiks und Umweltproteste auf der Tagesordnung, und auch in Hong Kong zeigte die „Regenschirmrevolution“, welches Potential da ist. Überall sind die CWI-Sektionen an vorderster Front dabei. Die Wahlkampagne von Socialist Action in Hong Kong, wo Sally Tang Mei-ching in den Wahlen am 22.11. für den Stadtrat kandidiert, bekommt, als einzige linke Opposition, großen Zuspruch.

www.chinaworker.info

Pro Choice

Nicht nur führt die Socialist Party (CWI Irland) den Widerstand gegen die Wassersteuern an: Nun organisierten AktivistInnen von ROSA, der antisexistischen Kampagne der SP, einen „Abortion Pill Train“. In Irland wird Frauen nach wie vor das Recht über ihren Körper verweigert. Daher brachten die AktivistInnen öffentlich illegale Abtreibungspillen ins Land und nahmen sie ein.

www.rosa.ie,
www.socialistparty.ie



Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise entfaltet sich eine Debatte unter Linken und GewerkschafterInnen: Führt der Zuzug von Flüchtlingen zu verstärktem Verdrängungswettbewerb? Sind geschlossene Grenzen eine Antwort? Die SLP debattiert mit Werner Murgg, Landtagsabgeordneter der KPÖ Steiermark.

Über „Refugees welcome“ hinausdenken!

Die derzeitige **Fluchtbewegung** hat mit den Einmischungen des Westens in die Heimatländer der Flüchtenden zu tun. Überall wo USA und EU im Namen der Menschenrechte mit Bomben eingegriffen haben, blieben Tod und Verderben zurück. Wer vor Krieg und Terror flüchtet, hat ein Recht auf Schutz! Diesen Schutz zu gewähren ist Aufgabe der Weltgemeinschaft. Wie es ein Recht auf Asyl gibt, existiert umgekehrt kein Recht auf freie Wahl des Aufnahmelandes. Genauso wahr ist, dass sich viele Millionen auf den Weg machen, um in Europa der Armut ihrer Heimat zu entfliehen. Spricht man mit Österreicherinnen und Österreichern, wird man kaum jemanden finden, der von persönlicher Verfolgung bedrohten keinen Schutz gewähren wollte. Viele haben jedoch Sorge, eine unregelte Einwanderung könnte das soziale Gefüge unseres Landes in Schieflage bringen. Sie sind keine Rassisten! Massenhafte Arbeitsmigration bei gleichzeitigem Bestand einer industriellen Reservearmee macht die Klassensolidarität generell brüchig und gefährdet das in langem Kampf erreichte Sozialniveau. Sie kann auch zu dauerhaft in ethnische Mehrheiten und Minderheiten gespaltene Nationen führen. Die kleinbürgerliche Chimäre der „Interkulturalität“ ist keine Lösung. Die Frage muss lauten: Wie viel Migration verträgt die Aufnahmegesellschaft. Integration, die den Namen verdient, ist nur dann mög-

lich, wenn der Überlieferungszusammenhang, in dem wir stehen und der jeder Gesellschaft halt gibt, nicht verloren geht. Deshalb bedarf es Regeln, wie mit Einwanderung umzugehen ist. Diese Regeln werden auf absehbare Zeit auf nationalstaatlicher Ebene zu definieren sein.

Der **Nationalstaat** ist immer noch die erste Schutzgemeinschaft gerade auch für die unterprivilegierten Schichten. Im „supranationalen“ Staat geht sie verloren. Wer den Nationalstaat aus diesen Gründen verteidigt, anerkennt auch seine Grenzen. Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer begrüßen eine ungezügelte Arbeitsmigration zur Sicherung ihrer Profitraten; EU-Kapitaleliten propagieren vermehrte Migration als eine Maßnahme den Nationalstaat als politischen Rahmen für die Unterschichten aufzulösen und sie zur Durchsetzung ihrer Interessen auf eine abstrakte EU-Bürokratie zu verweisen. Hier treffen sich auf gespenstische Weise reaktionärste Kapitalinteressen mit Vorstellungen „linker“ EU-Sozialstaatsträumern. Die revolutionäre Linke wird in Europa nur mehr dann geschichtsmächtig werden, wenn sie das Knäuel aus Migration und Asyl gemeinsam und mit Zustimmung ihrer Arbeiterklasse entwirrt!

Werner Murgg, KP-Steiermark
Abgeordneter Landtag Steiermark

Über den Kapitalismus hinausdenken!

Werner Murgg hat recht, dass nicht jedeR, der/die sich um mögliche Probleme durch Migrationsbewegungen sorgt, einE RassistIn ist. Bürgerliche Medien schüren die Angst, durch Zuwanderung werde der ohnehin geschrumpfte Sozialstaat kollabieren. Wenn Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte ArbeiterInnen diese Angstmacherei für bare Münze nehmen, ist es falsch, sie dafür moralisierend als RassistInnen abzustempeln.

Aber eine der Hauptaufgaben von Linken in dieser Situation ist gerade die Aufklärung darüber, dass es einen solchen Automatismus nicht gibt. Darüber, dass das Geld da ist, allen – migrantischen wie nichtmigrantischen ArbeiterInnen und Armen – ein Leben in Sicherheit und Würde zu garantieren. Dass dieses Geld sich aber in den Händen einer kleinen Minderheit von AusbeuterInnen konzentriert. Linke müssen aufzeigen, dass diejenigen, die den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse wirklich bedrohen, ganz sicher keine mittellosen Flüchtlinge sind, sondern die KapitalistInnen in Österreich und dass die Panikmache gegenüber Flüchtlingen ein Ablenkungsmanöver davon darstellt.

Wenn Murgg schreibt, dass der Nationalstaat „die erste Schutzgemeinschaft gerade auch für die unterprivilegierten Schichten“ sei, ist das eine für den Vertreter einer linken Partei haarsträubende Verdrehung. Der Nationalstaat ist in ers-

ter Linie die Interessenvertretung der herrschenden Klasse eines Landes und hat die Aufgabe, die „unterprivilegierten Schichten“ zu disziplinieren und ruhigzustellen. Die Spaltung der ArbeiterInnenklasse entlang ethnischer Linien ist dafür ein gutes Instrument. Und Murgg macht dabei de facto mit, indem er „MigrantInnen“ und „ArbeiterInnenklasse“ gegenüberstellt statt zu erkennen, dass MigrantInnen ein elementarer Bestandteil der österreichischen ArbeiterInnenklasse sind.

Die **tatsächliche** Schutzgemeinschaft der migrantischen wie nichtmigrantischen ArbeiterInnenklasse sind die Organe der ArbeiterInnenbewegung, wie Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien. Marxistische Politik muss gerade darin bestehen, den Mythos von der angeblichen Interessengemeinschaft Nationalstaat zu entlarven und ihn als das Instrument der Reichen und Mächtigen bloßzulegen, das er ist. Die Souveränität des Nationalstaates und die Integrität seiner Grenzen um ihrer selbst willen zu verteidigen ist kein Projekt für MarxistInnen. Deren Aufgabe besteht im Gegenteil darin, für das einheitliche Handeln migrantischer ArbeiterInnen und Armer gegen die KapitalistInnen zu wirken, deren Schutzgemeinschaft der Nationalstaat wirklich ist.

Fabian Lehr, SLP

SLP-Programm genau erklärt:

Demokratischer Aufbau des Bildungssystems statt Mangelverwaltung in der „Schulautonomie“.

„Schulautonomie“ klingt toll: weniger Bürokratie, dafür mehr Freiheit für die Schulen. „Die Schulen“ sind dabei aber

nen dann von außerhalb. Da sponsert Coca Cola dann einen Teil der Kopierkosten und stellt dafür Automaten auf. Nach der Bio-Stunde über gesunde Ernährung kann mensch sich dann dort mit Zuckersaft eindecken...

immer mehr unterscheiden und die soziale Selektion bei Bildung vorantreiben.

Neben mehr Geld fürs Bildungswesen braucht es auch die Ganztags-Gesamtschule, die am besten in der Lage ist, SchülerInnen unabhängig von Extra-Förderung durch die Eltern zu bilden.

Die SLP fordert einen wirklich demokratischen Aufbau der Schulen. Es braucht Strukturen, in denen SchülerInnen und LehrerInnen zentral entscheiden können. Es sollen jene die Entscheidungen treffen, die auch die Konsequenzen tragen. Sonst bleibt die „Unabhängigkeit“ der Schulen nur ein Manöver der Regierung, die Verantwortung für die Kürzungen an die RektorInnen auszulagern.

Tilman M. Ruster

Die Betroffenen sollen selbst entscheiden.

eigentlich „das Rektorat“, ohne SchülerInnen und LehrerInnen. Die Rektorate müssen in der Praxis dann v.a. entscheiden, wie sie mit den schrumpfenden Budgets umgehen. Eine Erweiterung der Kompetenzen wird vermutlich auch bei der aktuellen Runde der „Schuldebatte“ mit (versteckten) Kürzungen einhergehen. Das Geld holen sich viele RektorIn-

Immer mehr werden auch Eltern nicht nur für Schulausflüge, sondern auch für Bastelmaterial, Lernbehelfe etc. zur Kasse gebeten. Kinder aus ärmerem Hintergrund bleiben auf der Strecke. „Eigene Schwerpunktsetzung“, wie sie die Schulautonomie verspricht, kann das noch anheizen: Schulen in reicheren und in ärmeren Gegenden werden sich

Warum trat ich der SLP bei?

Ich hatte schon immer ein Interesse für Politik und hatte auch eine Funktion im damaligen Schülerparlament. Durch Bekannte innerhalb der SLP bin ich dann auf die Partei gekommen und war seither bei jeder Ortsgruppensitzung dabei. Einerseits, weil man so ständig am Laufenden gehalten wird, was weltweit geschieht – andererseits, weil wir auch theoretische Inhalte bzgl. Marxismus behandeln. Meine

Kollegen und ich waren auf mehreren Demonstrationen vertreten, zu denen ich als Einzelperson vermutlich nicht gekommen wäre, und wir haben so unsere Meinung kundgetan. Ich wollte nicht länger bloß mit der Gesamtsituation unzufrieden sein, sondern auch aktiv etwas verändern können, deswegen entschloss ich mich, der SLP beizutreten.

Ein weiterer Grund ist die Öffentlichkeitsarbeit,

die wir leisten. Einerseits durch Zeitungsverkäufe und andererseits bei den schon erwähnten Demos: Ich finde es wichtig, dass Leute direkt auf der Straße angesprochen werden und ihnen eine Diskussion angeboten wird bzw. Informationen verbreitet werden; gleichzeitig helfen mir solche Aktionen, über meinen Schatten zu springen.

Brandl Stefan, 18,
Laakirchen

Das schlaue Buch für AntifaschistInnen – Komplette überarbeitete Neuauflage

Das schlaue Buch bietet einen Überblick über Organisationen und Personen der rechten Szene und die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Rechtsextremismus und Faschismus. Burschenschaften, FPÖ und verschiedene Nazi- und Schlagerstrukturen der rechten Szene werden behandelt. In der Neuauflage gibt es einige Aktualisierungen zur FPÖ sowie Neues zu u.a. Identitäten,

Fußball, Flüchtlingsfrage und und rechter Gewalt. Standardargumente der Rechten zum Verbotsgesetz, Autobahnen und freien Frauen werden ebenso unter die Lupe genommen, wie das Verhältnis von Rechten und Kapitalismus. V.a. geht's auch um die Frage „Was tun?“ gegen das Erstarken der Rechten?

Jetzt bestellen!

Format A6 um € 3,50 (inkl. Porto) bei slp@slp.at



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
Pizzeria 'San Daniele'
Alberstraße 13

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15., Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria Delfino'
20., Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Bäckerei Sesam'
20., Wallensteinstr./Treustraße
(Nähe U4 Friedensbrücke)



Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns



Foto: Igor Hautzenberger

Der Film „Last Shelter“ handelt vom Widerstand und auch vom persönlichen Kampf der Flüchtlinge, die in der Flüchtlingsbewegung 2012/13 die Votivkirche besetzten. Einer der „Hauptakteure“ des Films ist das Megafon der SLP, wie auch eine Reihe von SLP-AktivistInnen wie Numan. Ein Stück (Film-)Geschichte, das zeigt, wie wichtig eine politische Partei mit richtiger Methode und richtigem Programm in einer solchen Bewegung ist.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen
aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: Alles inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW



Antifa-Demo in Freilassing

Mehr auf Seite 5

Arm trotz Arbeit? Ohne uns!

Holen wir uns das Geld für höhere Löhne bei den Reichen – wenn's sein muss, mit Demos und Streiks.

Hält man den Lohn- und Gehaltserhöhungen die Steigerung bei Preisen und Steuern entgegen, so sanken die Einkommen der Beschäftigten hierzulande 2010-14 durchschnittlich um 3%. Auch 2015 gibt's Reallohnverluste. Soweit der Durchschnitt. „Unten“ ist die Situation dramatischer: jene 25% die am wenigsten verdienen, haben in den letzten zehn Jahren real 9% Einkommen verloren. Bei Frauen sind die Entwicklungen besonders schlimm.

Gleichzeitig steigen Gewinne und Einkommen der Superreichen: Das reichste 1% besitzt 670 Milliarden Vermögen und Immobilien. Kaum ein Gewerkschaftsmitglied versteht daher, wieso nach einer BetriebsrätInnenkonferenz und bei hoher Kampfbereitschaft die MetallerInnen mit 1,5% abgespeist werden.

Im Gegenteil: Viele wollen die aktuellen Kollektivvertragsverhandlungen nutzen, um endlich mal wieder die Realeinkommen anzuheben. Von selbst

macht das die Gewerkschaftsführung nicht! Aktive Gewerkschaftsmitglieder und BetriebsrätInnen können mit Betriebsversammlungen und Aktionen gemeinsam Druck machen: so kann die Führung der Fachgewerkschaften zu einer kämpferischen Lohnpolitik gezwungen werden. Der Aufbau demokratischer Betriebsgruppen und Urabstimmungen aller betroffenen KollegInnen schützen dabei vor neuen Niedrigabschlüssen.

Michael Gehmacher



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.